



IHK-Energiewende- Barometer 2026

Auswertung für Bayern



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Inhalt

1. Auf einen Blick	3
2. Barometerwert 2026 weiter negativ: Skepsis überwiegt	5
3. Energiekosten sind ein Standortproblem	7
4. Investitionen leiden unter hohen Energiekosten	8
5. Abwanderung setzt sich fort	10
6. Politische Maßnahmen	12
Methodik	14
Impressum	15
Ansprechpartner Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK)	15

1. Auf einen Blick

Das Gesamtbild: Kosten werden zum Standortproblem

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern ist 2025 mit hoher Dynamik vorangeschritten. Besonders beim Photovoltaik-Ausbau (Nettozubau 2025, 4.675 MW, ein Plus von 15 Prozent) und Windenergie-Ausbau (2025 wurden in Bayern 198 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 1,27 GW genehmigt) wurden deutliche Fortschritte erzielt. Auch bei der Nutzung von Wasserkraft, Biomasse und Geothermie ist die Entwicklung positiv. Die installierte Anlagenleistung der erneuerbaren Energien stieg im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 14 Prozent. Auch beim Netzausbau ist 2025 in Bayern sehr viel passiert. Rund 38 Milliarden Euro wurden in jährliche Aufwendungen und Investitionen in Übertragungs- und Verteilnetze investiert. Die Netzbetreiber sprechen auch von sehr erfolgreichen Zahlen in Hinblick auf Netzanschlusszusagen für Großbatteriespeicher, Netzanschlussverträge für die Industrie und allgemein von großen Fortschritten beim dringend benötigten allgemeinen Netzausbau.

Dennoch schreitet die Energiewende in wesentlichen Bereichen, wie etwa der Gebäudesanierung, weiterhin nur langsam voran. Die Energiepreise steigen zunehmend und sind im internationalen Vergleich nicht konkurrenzfähig. Akzeptanzprobleme und Zielkonflikte mit dem Umweltschutz (Erdkabel-Vorrang beim Netzausbau, die Beeinträchtigung von Lebensräumen von Tieren, Pflanzen usw.) bremsen zugleich den Ausbau erneuerbarer Energien und der entsprechenden Infrastruktur. Insbesondere beim dringend erforderlichen Netzausbau, der parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgen sollte, gibt es weiter erhebliche Probleme. Hier könnte sich eine umfassende Schieflage im gesamten Stromnetz entwickeln, die nicht nur zu einem Anstieg von Netzentgelten und -kosten führen würde, sondern auch relevante andere Projekte, wie die Erweiterung von Industriebetrieben oder die Elektrifizierung von Prozessen etc. über viele Jahre bremst bzw. unterbindet.

Zentrale Ergebnisse

Vor diesem Hintergrund fand im Zeitraum vom 8. bis zum 29. Juni 2026 die deutschlandweite Umfrage zum Energiewendebarmometer 2026 statt. Die Antworten der bayerischen Unternehmen sind im Folgenden zusammengefasst.

Key-Facts

- 44,5 Prozent der Unternehmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die hohen Energiepreise als gefährdet an
- Jeder fünfte Betrieb in Bayern plant oder ist dabei, seine Produktion am Standort einzuschränken oder in Länder mit günstigeren Energiepreisen zu verlagern
- Knapp 80 Prozent der Unternehmen fordern, dass Steuern und Abgaben auf den Strompreis weiter gesenkt werden sollten
- Jedes zweite Unternehmen hat sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2050 klimaneutral zu sein
- 70 Prozent der Unternehmen sehen Bürokratie als größtes Hindernis bei Ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz
- 75 Prozent der Unternehmen geben an, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein sollten

Die derzeitige Energiepolitik stellt die bayerische Wirtschaft vor erhebliche Herausforderungen, insbesondere durch hohe Energiepreise, unsichere Rahmenbedingungen und zunehmende Regulierung. Unternehmen fordern Verlässlichkeit, langfristige Planbarkeit sowie eine spürbare Entlastung bei Energie- und Stromkosten. Der Ausbau der Energieinfrastruktur soll beschleunigt und die Energiewende stärker technologieoffen und praxisnah gestaltet werden, um Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz besser zu vereinen.

Die Unternehmen in Bayern arbeiten kontinuierlich an neuen Lösungen und flexiblen Strategien, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen und auf die Veränderungen in Bezug auf Kosten, Versorgungssituation und politische Vorgaben schnell zu reagieren. Doch das beherzte Anpacken wird zunehmend durch bürokratische Hindernisse und aktuelle Entwicklungen auf den Energiemärkten ausgebremst.

Die nach wie vor exorbitanten Energiepreise (Betrachtung Endkundenpreis mit allen Abgaben etc.) werden als eine der Hauptursachen für die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit genannt. Sie haben nachteilige Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen und somit auf deren Innovationsfähigkeit. Aufgrund der hohen Preise werden Investitionen in Klimaschutz, Innovationen und Kernprozesse verzögert oder ganz zurückgestellt. Übermäßige Bürokratie, unverhältnismäßig lange Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie das Fehlen von Planbarkeit, Informationen und Verlässlichkeit werden als weitere Hindernisse für den betrieblichen Klimaschutz genannt.

Aus der vorliegenden Umfrage wird deutlich, dass sich der Abwanderungstrend bei den Unternehmen verfestigt hat. Immer mehr Betriebe denken aufgrund der Energiesituation darüber nach, ihre Produktion in Deutschland zu drosseln oder ins Ausland zu verlagern. Bei der Umfrage 2026, gibt jedes fünfte Unternehmen in Bayern an, solche Pläne in Betracht zu ziehen bzw. dies bereits realisiert zu haben. Vor allem Industriebetriebe verlagern ihre Produktion ins Ausland, Investitionen in Kernprozesse werden verschoben.

Politisches Handeln ist gefordert, um sicherzustellen, dass grüne Energie in Zukunft bezahlbar und verfügbar bleibt. Gleichzeitig dürfen die Standortbedingungen nicht unter der laufenden Transformation zu einem klimaschonenden Energiesystem leiden. Es ist zwingend erforderlich, die Stromsteuern und -abgaben branchenübergreifend zu senken, die notwendigen Übertragungs- und Verteilnetze schnellstmöglich auszubauen und die Bedingungen für die Eigenversorgung und Direktbezugsverträge zu verbessern.



BANGEN UM WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Unternehmen stehen der Energiewende skeptisch gegenüber und fürchten weiterhin um ihre Wettbewerbsfähigkeit



ZU HOHE ENERGIEPREISE

Die hohen Preise für Energie sind und bleiben ein nachteiliger Standortfaktor, insbesondere im internationalen Vergleich



INVESTITIONEN RÜCKLÄUFIG

Hohe Energiekosten führen zu einer Reduzierung von Investitionen in Kernprozesse und Klimaschutzmaßnahmen



PRODUKTIONS-VERLAGERUNG

Die Abwanderung und Verlagerung ins Ausland sind auf einem viel zu hohen Niveau. Betriebe denken über Einschränkungen im Inland nach



HINDERNISSE BEIM KLIMASCHUTZ

Die größten Hürden für den betrieblichen Klimaschutz sind übermäßige Bürokratie, mangelnde Planbarkeit, Fachkräftemangel und die Unzuverlässigkeit der Politik



FORDERUNGEN AN POLITIK

Die wesentlichen Forderungen sind Verlässlichkeit, Reduzierung der Bürokratie und Planbarkeit. Die Stromsteuern und -abgaben müssen gesenkt und die Netzinfrastrukturen ausgebaut werden!

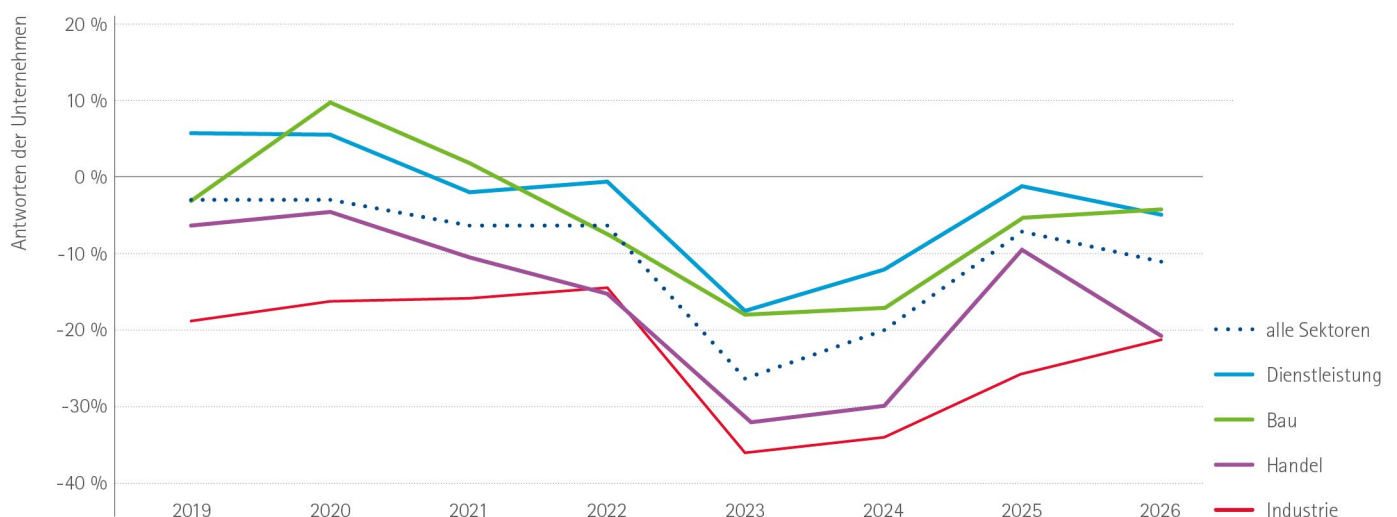
2. Barometerwert 2026 weiter negativ: Skepsis überwiegt

Die generelle Einschätzung zur Energiewende in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit ist dieses Jahr deutschlandweit mit einem Wert von minus 11 (letztes Jahr minus 8) wieder etwas negativer als im Vorjahr. Die überwiegend kritische Bewertung geht in diesem Jahr insbesondere auf die Industrie, aber auch auf den Handel zurück. Industrieunternehmen sind aufgrund ihres hohen Energieverbrauchs von energiepolitischen Rahmenbedingungen unmittelbar betroffen. Entsprechend bewerten sie die Energiewende traditionell kritischer, insbesondere wenn steigende Kosten für fossile Energieträger damit verbunden sind. (Abb. 1).

Auch im Handel haben die hohen Energiekosten erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation. Steigende Energiepreise auf Grund der aktuellen Weltlage (Russland-Ukraine-Krieg, Konflikt im Iran etc.) haben Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette und führen zu höheren Kosten für Material, Transport und Logistik. Zur selben Zeit wird die Nachfrage durch die abnehmende Kaufkraft vieler Konsumentinnen und Konsumenten geschwächt. Weil es oft nur in begrenztem Umfang möglich ist, die Kostensteigerungen an die Kunden weiterzugeben, sind die Gewinnmargen gefährdet. Zudem profitiert der Handel kaum von industriepolitischen Entlastungsmaßnahmen. Diese Entwicklung kann für manche Unternehmen existenzbedrohend werden. Die Investitionsfähigkeit, die Entwicklung der Beschäftigung und die Zukunftsperspektiven vieler Handelsunternehmen werden direkt von steigenden Kosten beeinflusst.

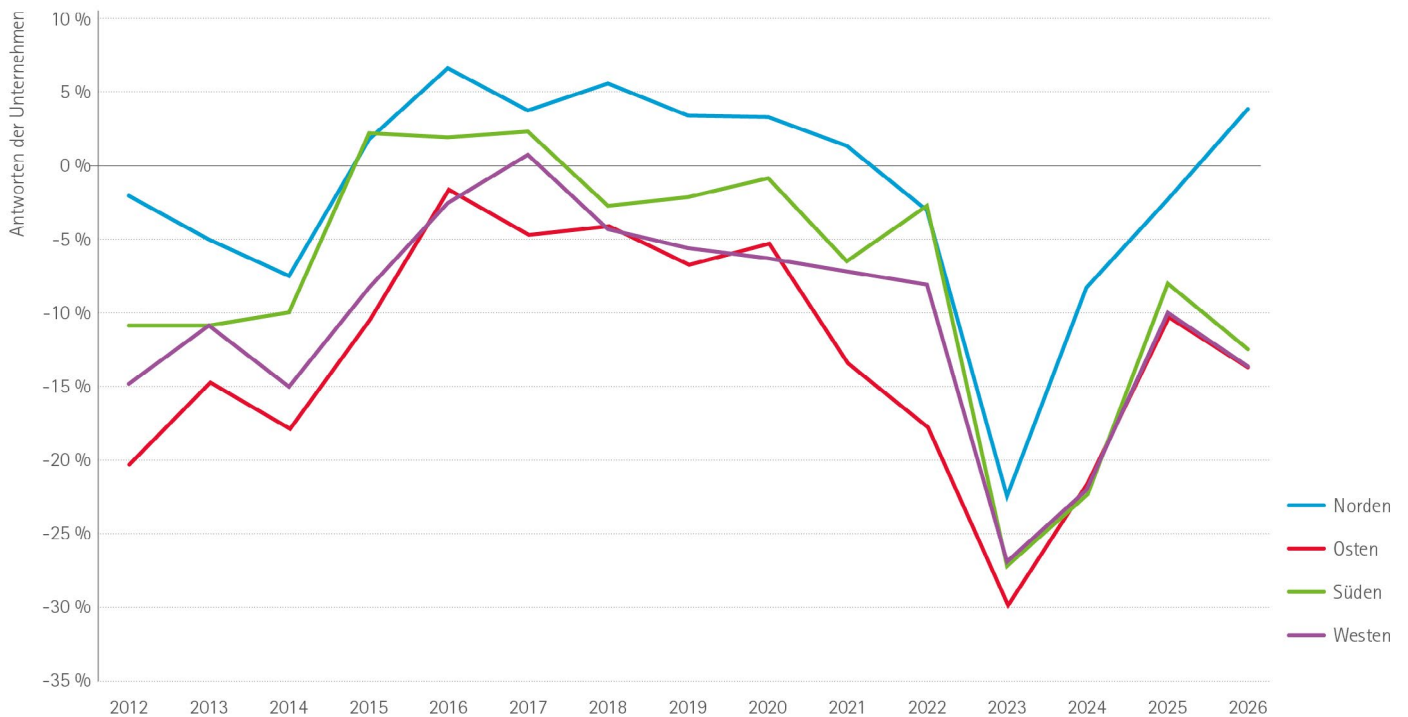
Regional ist eine zunehmende Differenzierung der Bewertungen zur Energiewende zu beobachten. Während Unternehmen in Norddeutschland nach vielen Jahren erstmals mehrheitlich positive Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit feststellen, ist die Bewertung im Westen, Süden und Osten Deutschlands negativer als im Vorjahr. Die regionalen Wirtschaftsstrukturen werden durch die unterschiedlichen Einschätzungen widerspiegelt. Im Norden sind erneuerbare Energien mittlerweile für viele Unternehmen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Geschäftszweig. In Übereinstimmung damit werden die Möglichkeiten der Energiewende dort intensiver registriert. In den industriell geprägten Regionen West- und Süddeutschlands hingegen stehen die Herausforderungen der Transformation und die steigenden Kosten der Energieversorgung stärker im Fokus.

Abb. 1¹: Barometerwert nach Branchen deutschlandweit



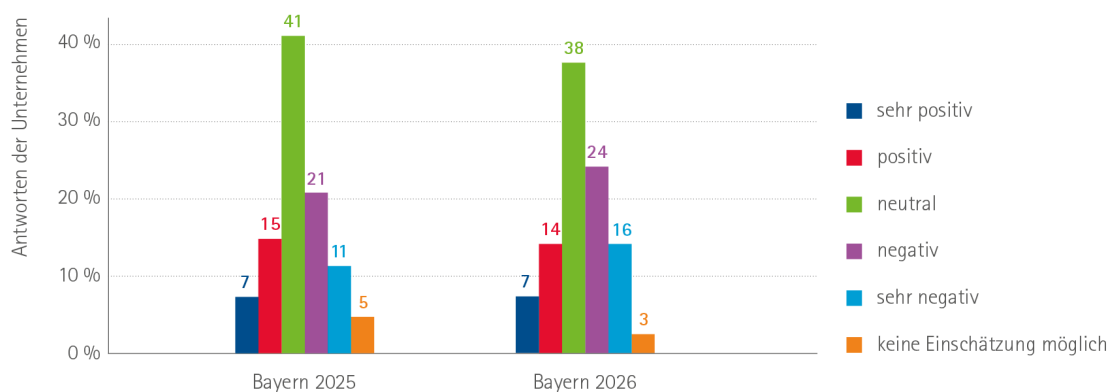
¹ Alle Abb. sind eigene Darstellungen basierend auf den Daten des IHK-Energiewende-Barometers 2026.

Abb. 2: Energiewendebarmometer im deutschlandweiten Regionenvergleich



Die Kriege in der Ukraine und im Iran sowie weitere globale Entwicklungen haben direkte Auswirkungen auf die Energiepreise und belasten die Unternehmen nach eigenen Angaben wieder deutlich stärker als im Vorjahr.

Abb. 3: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?
 – Für 38,5 Prozent der Betriebe in Bayern hat die Energiewende negative Auswirkungen



Hinweis: Durch Rundung können die Prozentangaben in der Grafik vom Text abweichen und summieren die Balken nicht immer auf 100 %.

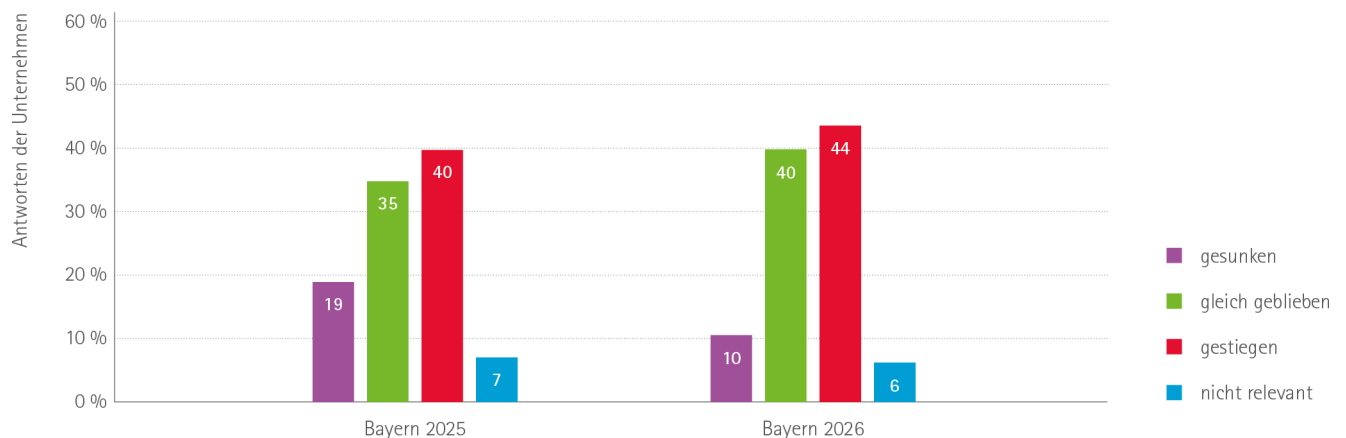
3. Energiekosten sind ein Standortproblem

In den vergangenen 12 Monaten haben die Stromkosten für 49 % der Unternehmen in Deutschland zugenommen, während die Wärmekosten (Gas, Fernwärme, Heizöl) für 67 % der Unternehmen gestiegen sind. Viele Unternehmen befinden sich mittlerweile an ihrer Belastungsgrenze. Globale Krisen treffen auf strukturelle Herausforderungen am Wirtschaftsstandort Deutschland, die weiterhin ungelöst sind. Die Energiekosten entwickeln sich dabei zunehmend zu einem der größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. Hohe Energiepreise bremsen Investitionen und führen in Deutschland zu verstärkten Produktionsstopps.

Auch in Bayern ist im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl an Unternehmen, die von einer Steigerung der Strom- und Energiepreise betroffen waren, wieder deutlich gestiegen. Der Einkauf war für ca. 44 Prozent der befragten Unternehmen in Bayern 2026 teurer als im Vorjahr (39 Prozent). Tatsächlich sind nach Höchstpreisen in der akuten Phase der Energiekrise und einer deutlichen Entspannung Anfang 2024 die Börsenpreise für Strom und Gas zuletzt wieder angestiegen.

Die Diversifizierung der deutschen Gasversorgung durch Flüssiggas (LNG) hat dazu geführt, dass die Gas- und Strompreise in Deutschland nun direkt mit dem Weltmarktgeschehen verbunden sind. Diese Preise zeigen eine deutlich höhere Volatilität als bisher und liegen im Vergleich zum langjährigen Vorkrisenniveau immer noch signifikant höher. Außerdem werden die individuellen Kosten für die Beschaffung durch einen hohen Anteil an staatlich induzierten zusätzlichen Preisbestandteilen bestimmt, vor allem im Hinblick auf Strom. Auch diese Komponenten sind im Wesentlichen von einem Anstieg geprägt, sei es bei den Netznutzungsentgelten – insbesondere bei Gas –, den netzbezogenen Umlagen oder den CO₂-Preisen im Emissionshandel.

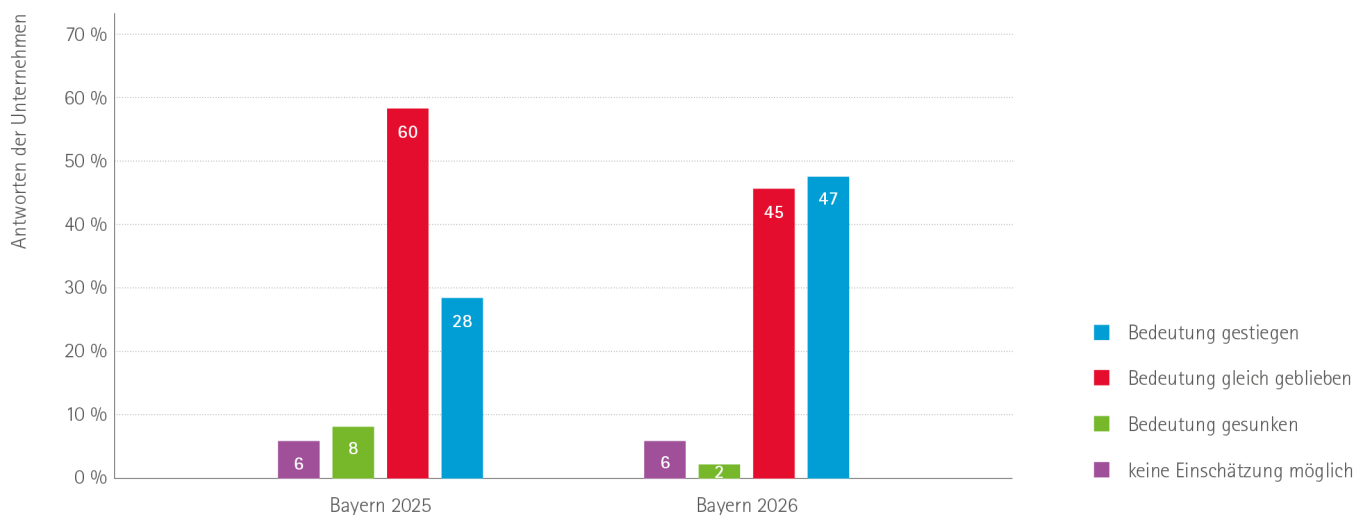
Abb. 4: Wie haben sich Ihre Strompreise in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt?
Für ca. 44 Prozent der Unternehmen in Bayern sind die Strompreise weiter gestiegen



Die Energiefrage stellt nach wie vor eine Belastung für den Wirtschaftsstandort Bayern dar:

Die Kernenergie ist am Auslaufen, die Kohleverstromung wird eingestellt, neue Gaskraftwerke müssten erst errichtet werden, und es gibt Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Stromversorgungssicherheit. Die Schwankungen der Energiepreise haben allerdings den größten Sprung gemacht. Hier geben 47 Prozent der Unternehmen an, dass deren Bedeutung gestiegen ist.

Abb. 5: Wie hat sich die Bedeutung folgender Aspekte in den letzten zwölf Monaten für ihr Geschäft in Bayern entwickelt? – Schwankungen der Energiepreise

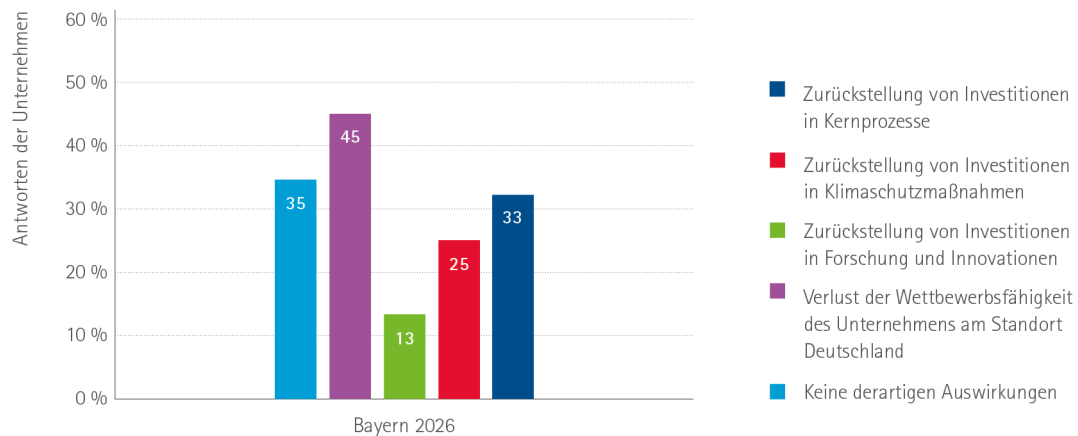


4. Investitionen leiden unter hohen Energiekosten

Die Ergebnisse des diesjährigen Energiewende-Barometers zeigen, dass Unternehmen ihre Investitionen aufgrund hoher Energiekosten zunehmend zurückstellen. Investitionen in Kernprozesse und Klimaschutzmaßnahmen sind, wie im Vorjahr, von hohen Energiepreisen negativ betroffen. Die Wettbewerbsfähigkeit nimmt aus Sicht der Unternehmen weiter ab. Gut 44 Prozent der Unternehmen in Bayern sehen diese in Gefahr. Eine sehr alarmierende Zahl.

Ins Auge fällt, dass im Vergleich zum Vorjahr Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen nochmal stärker zurückgestellt werden, Investitionen in Kernprozesse sowie in Forschung und Entwicklung sind etwas weniger betroffen.

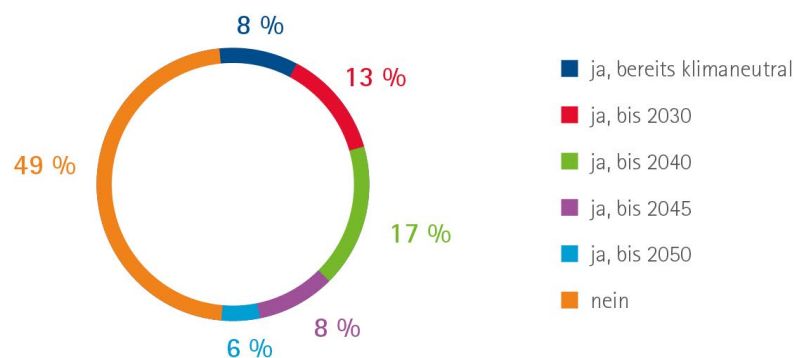
Abb. 6: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen?



Die bayerischen Unternehmen sprechen allgemein von einer Zurückhaltung bei Investitionen. Von den Betrieben werden die hohen Energie- und Rohstoffpreise als zentrales Geschäftsrisiko genannt. Wenn Unternehmen derzeit investieren, dann vor allem in Ersatzinvestitionen, um bestehende Anlagen und Prozesse aufrechtzuerhalten. Investitionen zur Erweiterung von Kapazitäten verharren dagegen auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau. Auch die Weitergabe der Kosten an die Kunden ist nur bedingt möglich. Positiv ist allerdings hier hervorzuheben, dass knapp 35 Prozent der bayerischen Unternehmen angeben, weder Investitionen zurückzustellen noch Wettbewerbsnachteile zu haben.

Obwohl die Zurückstellung von Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen von 25 Prozent der Befragten als Auswirkung der hohen Energiepreise genannt wurde, sind viele Unternehmen auf dem Weg Richtung Klimaneutralität. Bereits 7,6 Prozent der Unternehmen geben an, bereits vollständig klimaneutral zu sein. Die Zielsetzung der Politik für Deutschland bis 2050 insgesamt Klimaneutralität erreicht zu haben, bleibt weiterhin das erklärte Ziel und unsere Unternehmen sind sehr motiviert, ihren Beitrag zu leisten. Jedes zweite der antwortenden Unternehmen aus Bayern hat sich selbst das Ziel gesetzt, bis spätestens 2050 klimaneutral zu wirtschaften. Rund ein Fünftel (20,3 Prozent) der antwortenden Unternehmen will sogar bereits 2030 treibhausgasneutral sein (siehe Abb. 7).

Abb. 7: Hat sich ihr Unternehmen zum Ziel (in Prozent) gesetzt, klimaneutral zu werden?

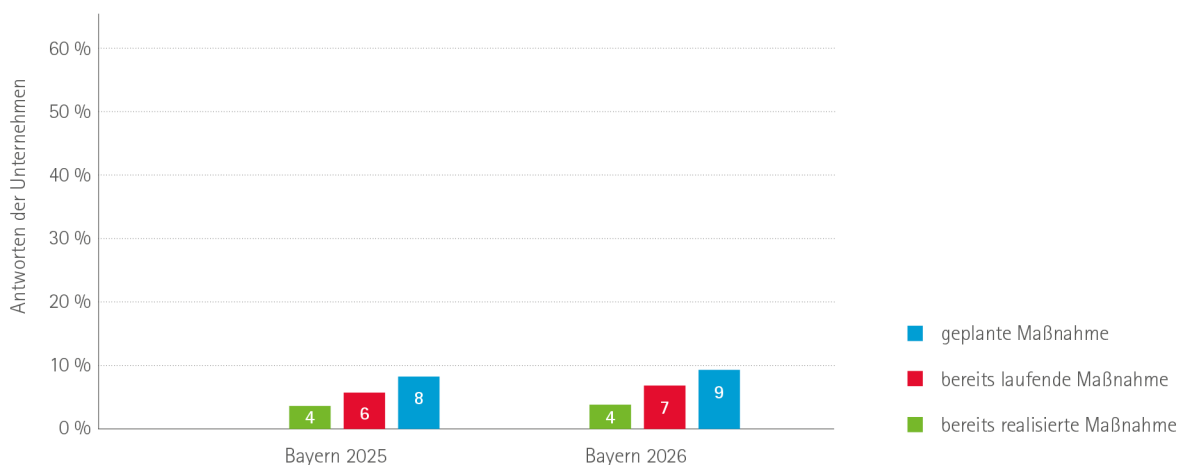


5. Abwanderung setzt sich fort

Die Abwanderung ins Ausland aufgrund der Entwicklungen in der Energie- und Klimapolitik ist weiter bemerkenswert stark ausgeprägt. Sie nimmt über alle Unternehmen gesehen in diesem Jahr sogar nochmal zu und jeder fünfte Betrieb in Bayern sagt, dass er plant oder schon dabei ist, seine Produktion am Standort einzuschränken oder in Länder mit günstigeren Energiepreisen zu verlagern.

Abb. 8: Welche Maßnahmen mit Außenwirkung ergreift Ihr Unternehmen in Bayern angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik?

Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland / Einschränkung der Kapazität in Inland



Die Vorhaben zur Einschränkung und Verlagerung der Produktion sowie die realisierten Verlagerungen verdeutlichen, dass die energiepolitischen Standortbedingungen für alle Unternehmen (vor allem aus dem Bereich Industrie und Dienstleistungen) in Bayern mittlerweile einen eindeutigen Wettbewerbsnachteil im internationalen Vergleich darstellen. Der Druck auf Unternehmen wächst, um überhaupt noch in der Lage zu sein, internationale Märkte zu bedienen. Dies gefährdet nicht nur die lokale Wertschöpfung, sondern begünstigt auch eine schleichende Abwanderung von Kompetenzen.

Auffällig ist, dass weiterhin viele Unternehmen nicht mehr in einer frühen Prüf- oder Planungsphase sind, sondern bereits konkrete Schritte umsetzen. Aus den Resultaten geht hervor, dass die Wettbewerbsbedingungen für viele Unternehmen im internationalen Vergleich schlechter geworden sind. Hohe Energiekosten, Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung der Rahmenbedingungen und hohe Transformationskosten machen Investitionen in Bayern schwierig. Bei diesen Voraussetzungen erfolgen Investitionen vermehrt an Orten, an denen die Energie kostengünstiger ist, die regulatorischen Anforderungen besser planbar oder die Förderbedingungen ansprechender sind. Die Auswirkungen betreffen dabei nicht nur die Unternehmen, die unmittelbar abwandern. Verlagerungen betreffen regelmäßig komplette Wertschöpfungsketten. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass das Risiko einer schleichenden Deindustrialisierung weiterhin hoch ist.

Die zentrale Herausforderung besteht daher darin, die Ziele der Transformation mit international wettbewerbsfähigen Standortbedingungen zu verbinden, um Investitionen und Wertschöpfung langfristig in Bayern sowie in ganz Deutschland zu halten.

Transformation mit Hemmnissen

Bei den Transformationshemmnissen zeigt sich ein sehr klares Bild: Bürokratie steht als Problem wie schon im Vorjahr an erster Stelle. Sie wird von vielen Unternehmen als größtes Hindernis für Investitionen und die Umsetzung von Energieprojekten benannt. Die explizit genannten Defizite reichen von zu komplexen Genehmigungsverfahren über das Marktstammdatenregister bis hin zu aufwendigen Förderanträgen und neuen Berichtspflichten. Die Forderungen der Unternehmen sind eindeutig: Sie wünschen sich einfachere Prozesse, eine umfassende Digitalisierung der Behörden sowie mehr Praxisnähe anstelle kleinteiliger Regulierung bei der Energiewende.

Auch an zweiter Stelle hat sich zum Vorjahr nichts verändert. Hier werden wieder unzureichende Information und fehlende Planbarkeit genannt. Die Vielzahl neuer Vorschriften sowie das Tempo und die Kurzfristigkeit der Gesetzgebung sorgen bei vielen Unternehmen für Unsicherheit. Insbesondere die politische Unbeständigkeit wird kritisch gesehen: Häufig wechselnde Fördersysteme und plötzliche Regulierungsänderungen behindern verlässliche Investitionsentscheidungen. Es fehlt an einer langfristig ausgerichteten, parteiübergreifenden Energiepolitik mit Planungssicherheit über Legislaturperioden hinaus. Beispiele:

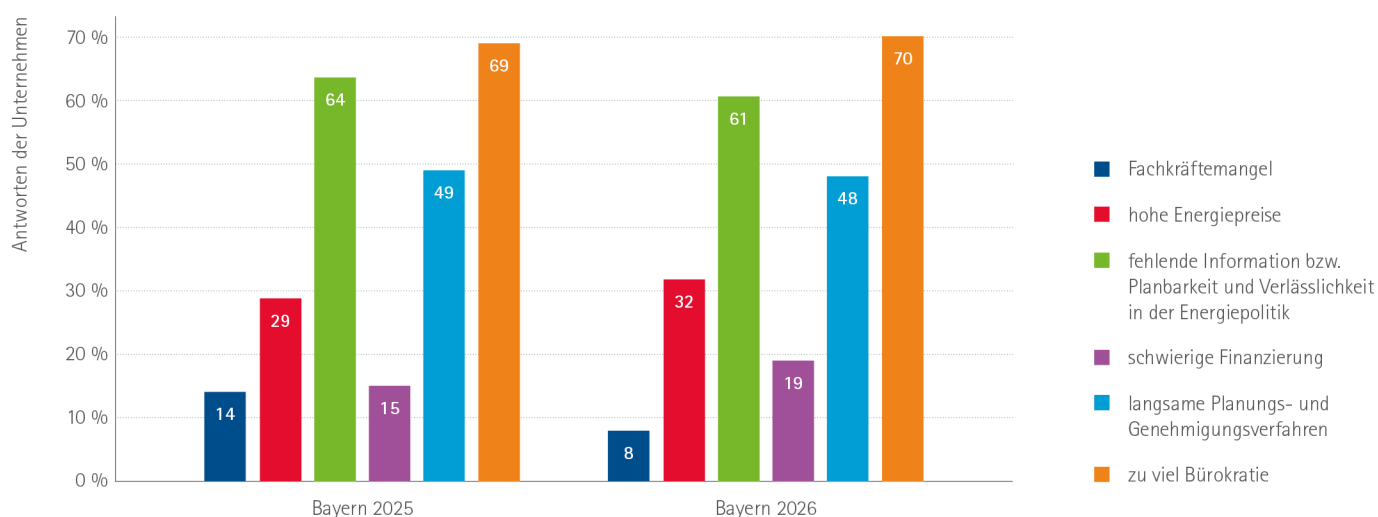
„Wir wünschen uns vom Gesetzgeber die langfristige Planbarkeit notwendiger Maßnahmen auf dem Weg zur Treibhausgasreduktion und Klimaneutralität – über mindestens zehn Jahre hinaus.“ (Süden, Industrie)

„Die Politik muss ganz dringend klare Aussagen treffen, damit die Unternehmen Sicherheit haben, wohin die Entwicklung geht. Planungssicherheit steht – neben Energiepolitik und Bürokratieabbau – ganz oben. An den letzten Punkt glaube ich leider nicht.“ (Süden, Handel)

Die immer noch zu langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren machen die diesjährigen „Top 3“ komplett. Hier erfahren die Unternehmen sehr konkrete Hemmnisse bei ihren Bemühungen um Transformation.

Die drei Faktoren „hohe Energiepreise“, „Fachkräftemangel“ und „schwierige Finanzierung“ werden etwas weniger als Hemmnis angesehen. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Einschätzung hoher Energiepreise als Transformationshemmnis stark von der Betroffenheit abhängt. Für energieintensive Industrieunternehmen haben hohe Energiepreise bei diesem Punkt deutlich mehr Gewicht als z. B. langsame Genehmigungsverfahren.

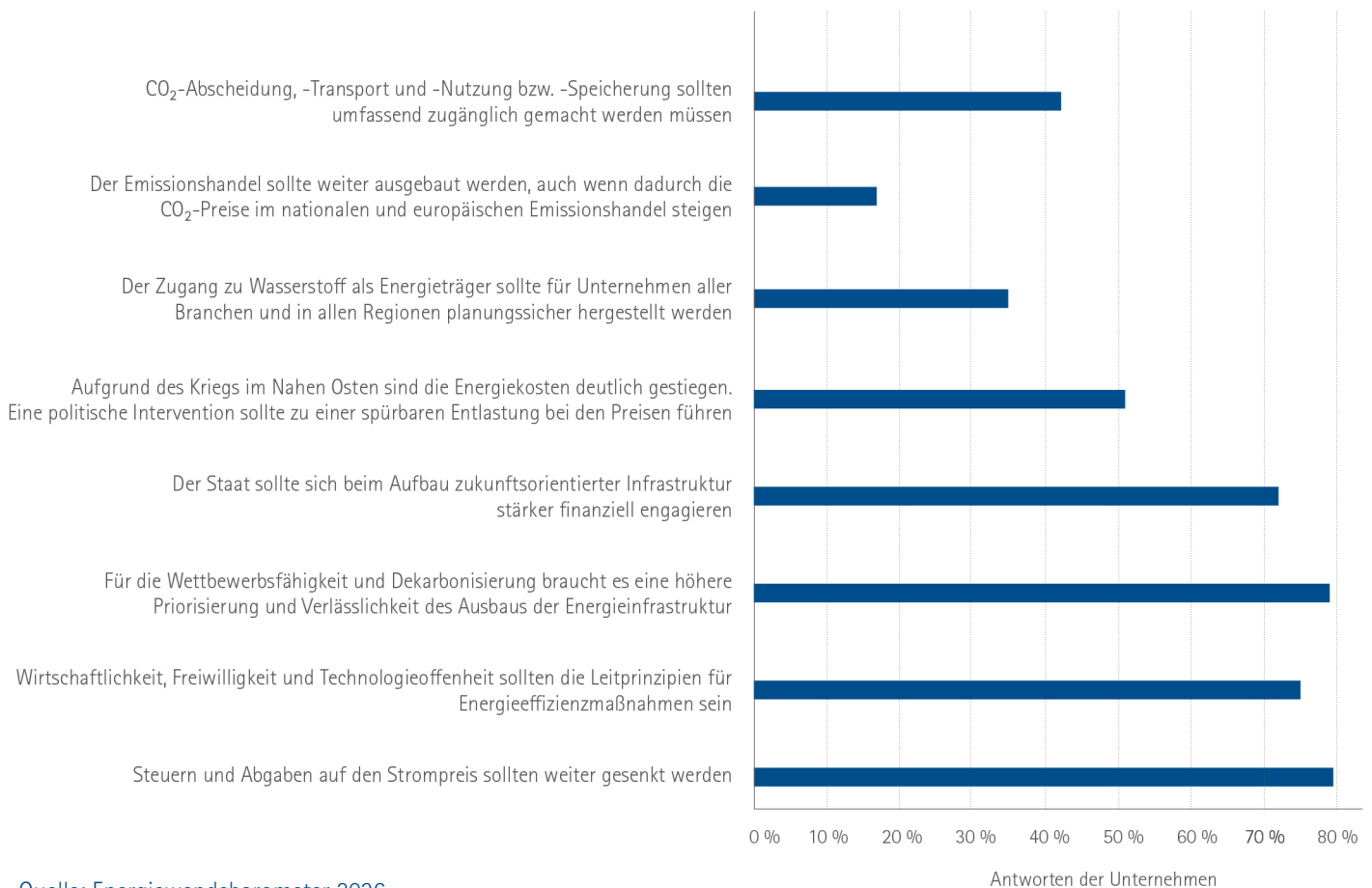
Abb. 9: Was sind die drei größten Hindernisse bei Ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz?



6. Politische Maßnahmen

Die Zustimmung oder Ablehnung der Unternehmen in Bayern bei aktuellen politischen Maßnahmen zeigt, dass Betriebe auf Entlastung bei Energiekosten, Planungssicherheit und den Ausbau der Energieinfrastruktur angewiesen sind. Eine hohe Sensibilität besteht gegenüber zusätzlichen Kostenbelastungen. Sie stoßen auf geringere Akzeptanz.

Auf die Frage „Inwieweit stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zu, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten?“ antworten die Unternehmen wie folgt:



Sehr positiv bewerten die Unternehmen Maßnahmen zur Stärkung der Energieinfrastruktur. Fast 79 Prozent stimmen voll oder eher zu, dass für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung eine höhere Priorisierung und Verlässlichkeit beim Ausbau der Energieinfrastruktur notwendig ist.

Besonders hohe Zustimmung erfährt auch die Forderung, Steuern und Abgaben auf den Strompreis weiter zu senken. Rund 80 Prozent der Unternehmen stimmen dieser Maßnahme zu. Dies verdeutlicht die hohe Bedeutung wettbewerbsfähiger Energiepreise für die Wirtschaft. Erleichterungen waren ursprünglich auch im Koalitionsvertrag angekündigt worden und die Bayerischen Industrie- und Handelskammern haben die Umsetzung auch immer wieder gefordert. Auch die Aussage, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit Leitprinzipien der Energieeffizienzpolitik sein sollten, findet mit knapp 75 Prozent Zustimmung breite Unterstützung.

Darüber hinaus befürworten rund 73 Prozent ein stärkeres finanzielles Engagement des Staates beim Aufbau zukunftsorientierter Infrastruktur. Die Ergebnisse zeigen, dass Unternehmen den Ausbau der Infrastruktur als zentrale Voraussetzung für die Energiewende und die Sicherung des Wirtschaftsstandorts ansehen.

Die Forderung nach einer politischen Intervention zur Entlastung bei den infolge des Nahostkriegs gestiegenen Energiekosten wird von etwa der Hälfte der Unternehmen unterstützt. Die Einschätzung kurzfristiger staatlicher Markteingriffe ist also nicht einhellig und differenziert.

Weniger Zustimmung erhält die Aussage, dass der Zugang zu Wasserstoff für Unternehmen aller Branchen und Regionen planungssicher gewährleistet werden sollte. Zwar unterstützt eine relative Mehrheit von rund 36 Prozent diese Forderung, jedoch enthalten sich hier viele Unternehmen mit einer Einschätzung und gut 22 Prozent sind teilweise oder vollständig ablehnend eingestellt.

Die Einschätzung zur CO₂-Abscheidung sowie deren Nutzung und Speicherung (CCUS) fällt vergleichsweise ausgewogen aus. Mit rund 42 Prozent überwiegt die Zustimmung gegenüber 14 Prozent Ablehnung, gleichzeitig gibt es mit 44 Prozent einen hohen Anteil von Unternehmen, die unentschieden sind oder keine Einschätzung abgeben können. Unsicherheit über die praktische Umsetzbarkeit und die Kosten dieser Technologien gehen also mit einer grundsätzlich positiven Einschätzung einher.

Fazit

Die Befragung zeigt insgesamt ein deutliches Bild: Unternehmen unterstützen energie- und klimapolitische Maßnahmen, die die Versorgungssicherheit, Infrastruktur, Technologieoffenheit und wettbewerbsfähige Energiekosten fördern. Gegen Maßnahmen, die zusätzliche regulatorische oder finanzielle Belastungen mit sich bringen, bestehen jedoch erhebliche Vorbehalte. Die Resultate heben hervor, dass die Unternehmen sich eine Klimapolitik wünschen, die sowohl eine Dekarbonisierung ermöglicht als auch eine Wettbewerbsfähigkeit weiterhin sicherstellt.

Methodik

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ sind die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der sich in den IHK-Gremien ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine umfassende Bewertung der Unternehmen bzgl. der Fortschritte der Energiewende und der aktuellen Klima- und Energiewendepolitik zu erhalten.

Grundlage der vorliegenden Auswertung sind deutschlandweit 3.100 eingegangene Antworten, davon 342 aus Bayern. Die bayerischen Antworten verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (40,1 Prozent), Bau (7,9 Prozent), Handel (13,7 Prozent) und Dienstleistungen (38,3 Prozent).

Die IHKs gestalten ihre Befragung so, dass die gewerbliche Wirtschaft vor Ort repräsentativ abgebildet wird (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogene Unternehmensansprache, z. B. über Vollversammlungsmitglieder). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene Gewichtung, die auf Beschäftigtenzahlen basiert. Alle Daten der Auswertungen sind gewichtete Zahlen. Die Befragung fand vom 8. bis zum 29. Juni 2026 statt.



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Impressum

Verleger und Herausgeber:

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK) e. V.

Vorstand: Peter Inselkammer und Dr. Manfred Göbl

Max-Joseph-Straße 2, 80333 München

☎ +49 (0)89 5116-0

@ info@bihk.de

🌐 bihk.de

Fachliche Ansprechpartner:

Dr. Norbert Ammann

☎ 089 5116-1392

@ norbert.ammann@muenchen.ihk.de

Felix Riedel

☎ 089 5116-1548

@ felix.riedel@muenchen.ihk.de

Projektverantwortung und Bearbeitung:

Felix Riedel, IHK für München und Oberbayern

Gestaltung:

Ideenmühle GmbH, Eckental

Bildnachweis:

Titel: AdobeStock © hrui

Stand: Oktober 2026

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise –
ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Ansprechpartner Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK)

IHK Aschaffenburg

IHK für Oberfranken Bayreuth

IHK zu Coburg

IHK für München und Oberbayern

IHK Nürnberg für Mittelfranken

IHK für Niederbayern in Passau

IHK Regensburg für Oberpfalz/Kelheim

IHK Schwaben

IHK Würzburg-Schweinfurt

Andreas Elsner

Johannes Neupert

Rico Seyd

Felix Riedel

Dr. Marcus Seitz

Erich Doblinger

Richard Röck

Sören Eichberg

Oliver Freitag

☎ 06021 880-132

☎ 0921 886-202

☎ 09561 7426-46

☎ 089 5116-1548

☎ 0911 1335-1298

☎ 0851 507-234

☎ 0941 5694-245

☎ 0821 3162-266

☎ 0931 4194-327

@ elsner@aschaffenburg.ihk.de

@ neupert@bayreuth.ihk.de

@ rico.seyd@coburg.ihk.de

@ felix.riedel@muenchen.ihk.de

@ marcus.seitz@nuernberg.ihk.de

@ erich.doblinger@passau.ihk.de

@ roeck@regensburg.ihk.de

@ soeren.eichberg@schwaben.ihk.de

@ oliver.freitag@wuerzburg.ihk.de